

Hackmack: "Wir trauen den Bürgern zu wenig zu"

10.06.2012 | 18:17 | MAGDALENA LIEDL (Die Presse)

Gregor Hackmack, Gründer des Portals Abgeordnetenwatch.de, fordert Volksabstimmungen auch über Steuern und Gebühren. Denn die Bürger würden oft vernünftiger abstimmen als die Parlamentsabgeordneten.

DiePresse:Abgeordnetenwatch dokumentiert nicht nur die Nebeneinkünfte von Politikern, die Nutzer können den Abgeordneten auch Fragen stellen. Antworten die Abgeordneten auch?

Gregor Hackmack: Ja, die Akzeptanz unter den Abgeordneten ist sehr groß. Einerseits wird veröffentlicht, wer viele Fragen beantwortet hat. Es gibt davon auch ein Ranking. Es ist aber auch für Politiker eine Möglichkeit, ihre Ideen zu transportieren. Im Wahlkampf gehen Politiker auf den Rathausplatz und versuchen, die Menschen anzusprechen. Bei uns kommen die Bürger von selbst. Es gibt natürlich Verweigerer. Angela Merkel hat zum Beispiel noch nie eine Frage beantwortet.

Warum braucht es Initiativen wie Abgeordnetenwatch?

In der Demokratie geht es in erster Linie um das Vertrauen der Bürger in die Politik. Und durch Transparenz lässt sich dieses Vertrauen herstellen. Die Menschen sehen: Ich stelle eine Frage und bekomme auch eine Antwort darauf.

Sie vertreten eine private Initiative. Sollte nicht das Parlament selbst für Transparenz sorgen?

Der Idealzustand wäre natürlich, wenn das Parlament so etwas anbieten würde. Man ist immer dann erfolgreich, wenn man sich selbst überflüssig macht. Momentan ist aber das Gegenteil der Fall. Wenn wir unser Projekt in einem neuen Kommunalparlament starten, gibt es meist Widerstand.

Können Initiativen wie Abgeordnetenwatch das Verhalten von Politikern ändern?

Die Abgeordneten können nach der Wahl nicht mehr komplett entschwirren. Sie werden durch Abgeordnetenwatch daran erinnert, woher sie ihr Mandat haben. Wir bauen Vorurteile der Politiker gegenüber der Bevölkerung ab. Die Politiker merken, dass die Menschen tatsächlich Interesse an ihrer Arbeit haben. Das Schlimmste für einen Politiker auf Abgeordnetenwatch ist nicht, dass er zu viele Fragen, sondern dass er gar keine Fragen bekommt. Er ist kein gefragter Politiker.

Sie sind auch im Verein „Mehr Demokratie“ tätig. Welche Voraussetzungen braucht es, damit direkte Demokratie funktioniert?

Bürger müssen natürlich gut informiert werden. Aber das geschieht automatisch, weil die Initiatoren einer Bürgerinitiative auf der Straße Unterschriften sammeln müssen. Und für 10.000 Unterschriften muss man mindestens 20.000 Gespräche führen. Das heißt, wildfremde Menschen kommen über Politik miteinander ins Gespräch. Bei Volksentscheiden gibt es auch Plakate und Berichterstattung in den Medien.

In Österreich wird auch diskutiert, über welche Themen man nicht abstimmen soll. Wo sind die Grenzen der direkten Demokratie?

Volksentscheide müssen grundrechtskonform sein. Die Mehrheit darf nicht über Minderheitenrechte abstimmen. Bei Unsicherheiten müssen die Vorschläge einer Bürgerinitiative auch von einem Verfassungsgericht geprüft werden – zum Beispiel wenn jemand die Todesstrafe einführen will.

Aber nehmen wir zum Beispiel Steuern. Man könnte annehmen, dass die Bürger nie für höhere Steuern stimmen würden. Hat so eine Volksabstimmung überhaupt Sinn?

Das würde man erwarten, es zeigt sich aber in der Schweiz, dass das nicht der Fall ist. Auch die Volksabstimmung in Irland hat gezeigt, dass die Leute bereit sind, für Sparmaßnahmen zu stimmen – auch wenn sie selbst negativ betroffen sind. Es gibt also in der Bevölkerung eine höhere Staatsräson als in den Parlamenten. Dass die Schweiz wirtschaftlich so gut dasteht, liegt auch daran, dass über große Projekte abgestimmt werden muss.

Traut man den Bürgern zu wenig zu?

Ich glaube, man traut nicht nur den Bürgern zu wenig zu, die Bürger sind manchmal auch sehr dankbar, dass man ihnen so wenig zutraut. Die Politik nimmt die Menschen zu wenig in die Pflicht. Abgeordnetenwatch nimmt den Bürgern die moralische Rechtfertigung für ihr Nichtstun. Es gibt Menschen, die kommen zu mir und sagen: Es gibt keinen Kandidaten, dem ich zu 100 Prozent zustimme. Dann sage ich: Das Tolle an der Politik ist, dass Sie nicht nur wählen können, sondern sich selbst auch zur Wahl stellen können. Wenn Sie einen Politiker wollen, der komplett Ihrer Meinung ist, müssen Sie selbst kandidieren.

Sie sind gerade dabei, das Prinzip von Abgeordnetenwatch auch in anderen Ländern zu verbreiten. Wie funktioniert das dort?

In den meisten europäischen Ländern scheint das System ganz selbstverständlich zu sein. Probleme gibt es nur in Regionen, wo das Internet nicht so stark genutzt wird. In Österreich ist mein Eindruck, dass etwa Meinparlament.at ganz gut funktioniert. Leider entwickelt sich das Portal nicht weiter.

Eine ähnliche Initiative in Österreich, „Meine Abgeordneten“, hat auch finanzielle Probleme.

Ich glaube, die Spendenbereitschaft ist in Österreich da, aber „Meine Abgeordneten“ steht und fällt mit den Persönlichkeiten. Es braucht Personen, für die das nicht nur ein Job ist, sondern die die Welt verändern wollen.